

Digitales Brandenburg

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

Mitteilungsblatt für die Schulen und Volksbildungsämter des Landes Brandenburg

Staat Brandenburg

Potsdam, 1946

7. Pädagogische Beilage - Geschichte

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-4781

7. Pädagogische Beilage

zum Mitteilungsblatt für die Schulen und Volkshilfungsämter des Landes Brandenburg

2. Jahrgang

Potsdam, den 1. Mai 1948

Nummer 17

Geschichte

Der Kampf um die Einheit im Vormärz und im Revolutionsjahr

Vortrag, gehalten im Kreisseminar Potsdam am 25. März 1948.

Von Dr. Werner Meyer

Im Gegensatz zu anderen Völkern haben wir eine ererbte Last aus dem Mittelalter auf unseren Schultern durch die Jahrhunderte zu schleppen gehabt: Das Landesfürstentum. An die Stelle der Kaisermacht war das Landesfürstentum getreten. So ist die bunte „Karnevalsjacke“ entstanden, die das Kartenbild des Römischen Reiches deutscher Nation dem stauenden Beschauer bot. Dieses Erbe ist doch wohl die schwerwiegendste Tatsache unserer Geschichte. Als das „Heilige Römische Reich“ zusammenbrach, bestand es aus 1789 „Obrigkeiten, denen jedermann „Untertan“ sein sollte, weil sie angeblich „von Gott“ waren.

Die Ländergier der Fürsten konnte sich während der Reformation austoben. Luther fördert diese Entwicklung, nicht nur der Kaiser wird beiseite geschoben, sondern durch die Säkularisationen auch der Papst. Das „jus episcopale“ wird zum fürstlichen Machtinstrument. Die durch die Reformation bewirkte kulturelle Spaltung tritt als weitere Belastung hinzu. So kann Pufendorf von diesem Reich mit Recht sagen, es sei „monstro simile“.

Der Kampf des Volkes gegen dieses „Monstrum“ wird im 16. Jahrhundert aufgenommen. Der Gedanke, daß die Einheit nur im Kampf gegen die Fürsten gewonnen werden könne, kommt schon im Heilbronner Programm zum Ausdruck. Hier werden auch schon die Abschaffung der Feudallasten, die Beseitigung der Binnenzölle, die Einheit von Münze, Maß und Gewicht gefordert. Diese Volksbewegung wird aber von den Fürsten und Herren im Blut erstickt, und zwar so gründlich, daß der Kampf gegen den Partikularismus für 300 Jahre ausgeschaltet wird. Die ganze Tragik unserer Geschichte spiegelt sich in dieser Tatsache. Die Volksbewegung gegen die Totengräber des Reichs kann erst um 1800 wieder aufgenommen werden. An die Stelle einer normalen Entwicklung war ein säkularer Schlaf getreten!

Das Streben nach der Einheit erwacht wieder mit dem Erwachen des dritten Standes, als die wirtschaftlichen Hemmnisse des Feudalismus als nicht mehr tragbar empfunden werden. Der dritte Stand ist im 18. Jahrhundert zu einem wirtschaftlichen Faktor geworden, der von den Fürsten nicht mehr übersehen werden kann.

Der absolute Fürst wurzelt wirtschaftlich im Feudalismus, er ist fast immer der größte Grundbesitzer des Landes, auch seine ideologische Haltung ist — von wenigen Ausnahmen abgesehen — feudal. Der dritte Stand ist ihm eine fremde Welt. Die Steuern aber, die ihm aus Handel und Industrie zufließen, sind ein so wesentlicher Teil seiner Einnahmen, daß er selbst diese „bürgerlichen“ Zweige der Wirtschaft fördern muß — aus Selbsterhaltungstrieb. Die Privilegierten weigern sich unterstützt, ihre Steuerfreiheit aufzugeben, die absoluten Herrscher aber brauchen die Steuern für ihr Heer, für ihre Beamten, ihre Hofhaltung.

In den Städten erwacht die Opposition, die Kritik an dem bestehenden feudalen System natürlich zuerst. Das wirtschaftlich erstarkende Bürgertum erwacht auch zu neuem geistigen Leben. Ein kulturell einheitliches Deutschland entsteht im 18. Jahrhundert. Mit dem Auftreten der Klassiker erst ist die einheitliche deutsche Sprache eine Tatsache, von Luther bis Lessing, Schiller und Goethe führt eine Linie in der deutschen Sprachgeschichte, die katholische Opposition verstummt. Das geistige Deutschland lebt, Dichtung und Philosophie im Zeitalter der Klassik schaffen unsterbliche Werte, die staatliche Form für dieses Reich der Gedanken fehlt aber noch. Von den völlig unpolitischen Trägern dieser klassischen Literatur wird der Kampf um die staatliche Einheit noch nicht aufgenommen. Noch am 23. Oktober 1828 sagt Goethe zu Eckermann, er wolle wohl „daß der deutsche Taler und Groschen im ganzen Reich gleichen Wert habe“, er wolle auch, daß sein Reisekoffer „durch alle 36 Staaten ungeöffnet

passieren könne“. Deutschland müsse ferner einig sein „in Maß und Gewicht, in Handel und Wandel und hundert ähnlichen Dingen“. — Dann jedoch fährt er fort:

„Wenn man aber denkt, die Einheit bestehe darin, daß das sehr große Reich eine einzige Residenz habe, und daß diese eine große Residenz wie zum Wohl der Entwicklung einzelner großer Talente, so auch zum Wohl der großen Massen des Volkes gereiche, so ist man im Irrtum.“

Also kein einheitlicher Staat, die wirtschaftliche Einheit werde aber ganz von selbst kommen, „unsere guten Chausseen“, sagt er, „und künftigen Eisenbahnen werden schon das ihrige tun“.

Das Sehnen nach der politischen Einheit erwacht erst unter dem Druck der „Revolution von außen“. Die Katastrophe von Jena ist in ihren Folgen segensreicher als viele „glorreiche Siege“ gewesen, die sich fast immer als reaktionäre Kräfte ausgewirkt haben. Aus der Katastrophe des Feudalismus ergibt sich der Zwang zur Reform. Die Zahlungen an Frankreich, der Druck der Festlandssperre zwingen die Staatsführung, neue Wege zu suchen. Weil der Leibeigene weniger produktiv arbeitet als der jederzeit kündbare Tagelöhner, weil die Bauern in den an Polen und an das Königreich Westfalen abgetretenen Gebieten frei geworden sind, müssen auch die Bauern im restlichen Preußen befreit werden, da sonst die Gefahr der Abwanderung besteht. Nicht ein reumütiges Erwachen aus dem Schlaf „auf den Lorbeeren“ war die treibende Kraft bei den preußischen Reformen, sondern die eisernen Notwendigkeiten, die sich aus dem Zusammenbruch ergaben, den der Absolutismus und der Feudalismus erlitten hatten. Auf die Revolution „von außen“ folgt zwangsläufig die Revolution „von oben“. Der König wird aber nicht über Nacht fortschrittlich, er legt durch die Reformen kein Sündenbekenntnis ab, schlägt nicht reumütig an seine Brust, er sträubt sich vielmehr mit Händen und Füßen gegen den „jakobinischen Geist“ der Steinschen Reformen. Die Feudalen erklären, sie wollten lieber drei Niederlagen von Jena hinnehmen als diese Reformen. Das Gerede vom sozialen Königtum, das damals erwacht sei, ist eine reaktionäre Legende, eine Erfindung einer servilen Geschichtsschreibung.

Stein wollte den „Untertan“ zum „Staatsbürger“ erziehen, Metternich will diesen Staatsbürger nach dem „Siege“ wieder abschaffen, die Zurückziehung zum Untertan wird nach 1815 mit aller Energie aufgenommen. Der Untertan, der vor allem den schuldigen Respekt haben soll, der wieder an die „Obrigkeit“ glaubt, ist das Ziel der Erziehung im restaurierten Staat. Der Spitzwegtyp, der Ludwig-Richter-Typ, aber auch der unpraktische Geistesmensch ist den Fürsten am bequemsten.

In den Aufrufen von 1813 ist viel von deutscher Freiheit, von der Einheit des Volkes die Rede, man wußte, womit man die Massen für den Kampf gegen Napoleon gewinnen konnte. Das Brausen des Sturmes aus dem Westen war auch in Deutschland von den Massen vernommen worden. Die feudalen Herren brauchen die Fäuste der Massen gegen den Exponenten des westlichen Kapitalismus. Der begeisterte Mohr soll aber nur seine Pflicht im Dienste der feudalen Herren tun und dann beiseite geschoben werden. Nach dem Siege sind diese Aufrufe vergessen, das Wort „Freiheitskrieg“ wird nach dem Siege verboten, statt dessen darf nur „Befreiungskrieg“ gesagt werden. Im Jahre 1841 wird der Magistrat von Breslau in aller Form gerüffelt, weil er gewagt hatte, „alleruntertänigst“ an die Verordnung des „hochseligen Königs vom 22. Mai 1815“ zu erinnern. Die Volksbewegung von 1813 hatte einen durchaus revolutionären Charakter. In Arndts „Soldatenkatechismus“, in Gneisenaus „Konstitution“ oder Schamhorsts „Organisation“ oder in dem Aufruf des Deutschen

Komitees in Rußland findet man die glutvolle Sprache eines revolutionären Exekutivkomitees.

Stein, der „überpreussische Stürmer und Dränger“, wie ihn Meinecke nennt, der Erzieher zur Einheit, wird nach Leipzig, nach dem großen mit dem Blut der Völker erkauften Siege der Reaktion, von Metternich beseitigt, der als österreichischer Staatsmann die Einheit bekämpfen muß.

Im Zweikampf Stein—Metternich prallen zwei Welten aufeinander. Worin Goethe noch einen „Irrtum“ sieht, sieht Stein schon ein greifbares Ziel, um das gekämpft werden muß.

Das deutsche Volk wird von den ideologischen Führern der Reformzeit als Individualität aufgefaßt, das seine Eigenart frei entfalten soll. Daß diese Führer dabei das deutsche Volk als Einheit auffassen, daß sie nicht an den Grenzen der Vaterländchen Halt machen, ist natürlich. Ein einziges deutsches Volk soll seinen Weg finden zu einem großen humanistischen Ziel, zum Dienst an der Menschheit.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erwacht das deutsche Kulturbewußtsein. Unter dem Zwang der Verhältnisse nach dem Zusammenbruch, aus der wirtschaftlichen Zwangslage entsteht jetzt das Streben, Widerstand zu leisten, das Sehnen nach politischem Zusammenschluß. Im Jahre 1807 erscheint ein vielsagender Erlaß. Die alte offizielle Bezeichnung „alle Seiner königlichen Majestät Provinzen und Lande“ wird abgeschafft, dagegen wird verordnet, „der ganze Staat heiße künftig Preußen“.

Das Ringen um den Gesamtstaat beginnt unmittelbar nach dem Zusammenbruch, die Einheit bleibt das Ziel des Strebens aller fortschrittlichen Kräfte im „Vormärz“, die Einheit ist im wesentlichen der Inhalt der 48er Revolution.

Der wirtschaftlich interessierte, denkende Bürger, der Kaufmann, der Fabrikant strebt nach der Einheit, weil nur in einem geeinten Staat die Wirtschaft sich normal entfalten kann. Zu diesen wirtschaftlich Interessierten tritt noch der revolutionäre Typ, der Ideensproßling der Französischen Revolution, der davon überzeugt ist, daß nur ein einziges großes Vaterland wirklich frei sein kann. Dieser revolutionäre Bürger ist der jüngste politische Typus, er ist das Produkt der Erhebung von 1813, aber auch der Enttäuschung nach 1815, in ihm lebt das Erbe der Aufklärung, unter ihnen gibt es Träumer, die schon über das nächste Ziel hinaussehen, schon von einer europäischen Völkergemeinschaft reden, von einer republikanischen Demokratie.

Neben den ideologischen Spannungen zeigen sich wirtschaftliche. Die Spannungen zwischen Kapitalismus und Feudalismus, zwischen Ost und West, zwischen Landwirtschaft und Industrie drängen zu einer revolutionären Lösung. Die reaktionären partikularistischen Kräfte stützen sich vor allem auf Österreich, das sich der Zolleinheit aus Furcht vor dem wachsenden Einfluß Preußens entgegenstemmt. Die Staatsidee des Habsburger Reiches ist immer noch mittelalterlich, seine Wirtschaft ist noch immer fast ausschließlich feudalistisch. Aus diesem Gebundensein an überlebte Formen ergibt sich die Schwäche der Position Österreichs. Es ist trotz eifriger Bemühens nicht in der Lage, durch seine vorgeschobenen Satelliten die Zolleinigung zu hintertreiben, weil es diesen Kleinstaatstaaten keinerlei wirtschaftlichen Rückhalt gewähren kann. So wirkt sich die wirtschaftliche Rückständigkeit Österreichs positiv für die Einheit aus, die Sabotageversuche Österreichs scheitern. Im Habsburger Reich lebt ein längst überholtes politisches Gebilde weiter, in der anderen Schöpfung Metternichs, im Deutschen Bund, hat sich die Staatsidee des Heiligen Römischen Reiches erhalten. Diese beiden mittelalterlichen Gebilde nun nehmen den Kampf auf gegen die wachsenden Kräfte einer neuen Zeit. Diese erteilen ihnen in der Neujahrsnacht 1834 die Antwort, die Bewohner der umliegenden Ortschaften eilen zu den Schlagbäumen an den Zollgrenzen um deren Beseitigung mitzuerleben, sogar die Silvesterfeiern werden unterbrochen! Man weiß, was dieser Augenblick bedeutet. Die 37 Zolltarife, die 70 verschiedenen Geldsorten lähmen den Handel, Waren sollen hinfort nicht mehr am selben Tage in verschiedenen Teilen Deutschlands Preisunterschiede von 50 Prozent aufweisen, weil sie auf dem Transport nach ihrem Bestimmungsort ein Dutzend Zollgrenzen passieren müssen. Der Jubel der Versammelten beim Fallen der Schlagbäume ist eine eindrucksvolle Demonstration der wachsenden Kräfte gegen die Kräfte, die zwar noch über Bajonette verfügen, mit den alten Mitteln weiter Politik machen wollen, die aber dem Untergang geweiht sind, weil sie wirtschaftlich und ideologisch nicht mehr lebensfähig sind. Natürlich finden die überalteten Formen wie immer ihre Verteidiger. Der Streit entbrennt auf der ganzen Linie. So um die Eisenbahnen, ein Dichter besingt die Schienen als „blanke Trauringe“, die die Völker zum Bunde vereinigen, andererseits wüten Gastwirte und Postkutscher gegen Lists Eisenbahnprojekte, sogar Ärzte erklären auf Protestversammlungen, das neue Beförderungsmittel sei eine untragbare Belastung für die Nerven der Reisenden. Adlige, Konservative protestieren gegen den Dampf, der sich anschiebe, „das Landeskind in einen Weltbürger umzublasen“.

Aber auch die wütendsten Anhänger des „Altbewährten“ verstehen die Sprache der Zahlen. Nach 1834 stieg der Wert der Ein- und Ausfuhr in zehn Jahren von 250 auf 385 Millionen. Die Verwaltungskosten sanken demgegenüber schon nach

einem Jahr von 40 auf 16 Prozent! Parallel verläuft der Kampf um ein einheitliches Recht, um ein einheitliches Maß- und Münzsystem. Die aufstrebenden bürgerlichen Kräfte streben zum großen nationalen Markt. Die große Leistung des liberalen Bürgertums bleibt die Verwandlung des agrarischen und feudalen Deutschlands in einen modernen Industriestaat. Der Liberalismus lenkt diese Entwicklung, die zu einer historischen Notwendigkeit geworden ist, er wird dadurch zu einer fortschrittlichen Kraft.

Werfen wir einen Blick auf den feudalen Gegner dieses Bürgertums. Den Einheitsbestrebungen des Volkes gegenüber zeigen die Fürsten nur Dünkel, Egoismus und grenzenlose Verachtung. Ihr Briefwechsel im Revolutionsjahr, der von Karl Haehnchen veröffentlicht worden ist, zeigt uns diese Einstellung. Das Jahr 1848 stellt an die Fürsten die Frage: Thron oder Vaterland, Vielstaaterei oder Einheit. Sie drücken sich dabei sogar in ihrer Erregung sehr wenig fürstlich und höfisch aus. Die Einheit ist für sie etwas geradezu Unwürdiges, sie halten es für schmachvoll für einen Fürsten, sich diesen Forderungen des Volkes zu unterwerfen. Die reaktionären Kräfte, die sich dem Einheitsstreben des deutschen Volkes entgegenstellen, haben schon im Vormärz einen schonungslosen Richter in Stein gefunden.

„15 Millionen Deutsche sind der Willkür von 36 kleinen Despoten preisgegeben, und man verfolge die Geschichte der Staatsverwaltung in Bayern, Württemberg und Westfalen, um sich zu überzeugen, wie es einer Neuerungssucht, einer tollen Aufgeblasenheit und einer grenzenlosen Verschwendung und tierischer Wollust gelungen ist, jede Art des Glückes der beklagenswerten Bewohner dieser einst so blühenden Länder zu zerstören.“

Ricarda Huch äußert sich in ihrem Buch „Alte und neue Götter“ folgendermaßen über die Haltung der Fürsten nach dem Sturz Napoleons:

„In der Zeit der Gefahr hatten sie sich verkrochen, gute Worte gegeben, Versprechungen gemacht, kaum der Gefahr entronnen, waren sie wieder die alten, hochfahrend aufgeblasen, ohne andere Interessen als die für ihre eigene Sicherheit und Macht.“

In seiner „Geschichte der deutschen Revolution“ äußert sich Valentin folgendermaßen über die Haltung der Fürsten:

„Die Fürsten samt ihrer höfischen Umgebung kamen lange aus Befremdung und Angstlichkeit nicht heraus, sie kleideten sich bürgerlich, biederten sich an, erklärten, alle Wünsche erfüllen zu wollen, trafen Anstalten zur Sicherung von Boden und Eigentum, schmolten, versteckten sich, verhielten sich dem Auslande, besonders dem Kaiser von Rußland gegenüber, durchaus würdelos und bereiteten, falsch und liebenswürdig, die Gegenrevolution vor. Die Liberalen, die Männer der nationalen Reformpartei, die sich vor die Fürsten gestellt hatten, konnten dann Erfahrungen sammeln zur Psychologie menschlicher, deutscher und fürstlicher Undankbarkeit.“

Das waren die Hüter der Legitimität, der fürstlichen Souveränität, des Gottesgnadentums, die Wahrer der „heiligsten Güter“, die Beschützer der „Moral“, die Bekämpfer der „Zersetzung“!

Den Auftakt zur Revolution 1848 bildet der „Vereinigte Landtag“ vom April 1847. Seit 1807 bekämpfte sich Bürgertum und Adel. Der durch Jena erschütterte Feudalismus erholt sich bald und geht zum Gegenangriff über. Es gelingt ihm, die Steinschen Reformen in ihr Gegenteil zu verwandeln, der Adel siegt schließlich über das angeblich „befreite“ Bauerntum. Die hohen Beamtenstellen, die hohen Kommandostellen sind in der Hand des Adels, er beherrscht die Provinziallandtage. Die Bourgeoisie aber fühlt ihre wachsende wirtschaftliche Kraft und nimmt entschlossen den Kampf gegen den feudalen Staat auf. Ein großer Erfolg ist die Verordnung vom 17. Januar 1820, die festsetzt, daß neue Anleihen nur unter Mitwirkung der Reichsstände abgeschlossen werden dürfen. Die Geldnöte zwingen den König zum Entgegenkommen. Der „Vereinigte Landtag“ sollte aber nur bewilligen und dann wieder auseinandergehen. Es handelt sich um die 90-Millionen-Anleihe für die Ostbahn. Mit seiner patriarchalisch-romantischen Thronrede findet der König keinen Anklang. Er redet viel von alter Treue, von Liebe, Glauben, Anhänglichkeit, von unlöslicher Verbundenheit zwischen König und Volk. Da fällt in der Debatte das Wort des Vertreters der rheinischen Großbourgeoisie Hansemann „In Geldsachen hört die Gemütlichkeit auf“. Der ganze romantische Nebel der landesväterlichen Rede ist damit weggeblasen. Der Kampf zwischen den Industriellen und den Agrariern entbrennt während der Verhandlung in aller Schärfe. Die Bourgeoisie kennt die Unangreifbarkeit ihrer Stellung: Die Ostbahn bedeutet zwar einen wirtschaftlichen Fortschritt, trotzdem wird sie abgelehnt. Zuerst soll die Krone die Forderungen der Bourgeoisie im Verfassungstreit bewilligen, dann erst werde man mit sich reden lassen. Es kommt zum Bruch, den die Bourgeoisie hinnimmt, weil sie der Überzeugung ist, daß sie ihn leichter ertragen kann als der König, die Bourgeoisie ist nicht bankrott wie der feudale Staat, sie

hat den längeren Atem. Die neue Wirtschaftsreform muß über den sterbenden Feudalismus sieden! Die Bourgeoisie hat am meisten Einsicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse, sie kann daher die beste Politik machen. Der Bruch wird zu einem Signal für das ganze Land. Auf der einen Seite stehen nur noch die konservative Mehrheit des Adels, die Regierungen, die Fürsten, die hohe Bürokratie. Die erdrückende Mehrheit des Volkes, vom liberalen Teil des Adels angefangen bis zum städtischen und ländlichen Proletariat, steht in einer Front. In dieser antifeudalen Front führt die Großbourgeoisie, ein Widerstand gegen die kapitalistische Führerschaft zeigt sich nirgends. Die Stellung der Arbeiterschaft ist durch das kommunistische Manifest bestimmt: Solange die Bourgeoisie gegen den Feudalismus kämpft, steht das Proletariat in einer Front mit ihr. Auch die Arbeiterschaft braucht die Einheit, weil eine gesamtdeutsche kampffähige Organisation des Proletariats, die damals zuerst ins Auge gefaßt wird, nur in einem politisch geeinten Deutschland möglich ist. Die Vorteile der Einheit des Wirtschaftsgebietes werden von der Arbeiterschaft außerdem klar erkannt. So findet das Verhalten des Bürgertums im „Vereinigten Landtag“ starken Widerhall im ganzen Lande. Nur im Kleinbürgertum zeigen sich noch partikularistische Tendenzen. Die Hofschneider, Hoftischler usw. sind am Weiterbestehen der Fürstenhöfe interessiert, ob die neue „herrschende Schicht“ auch so kaufkräftig sein werde, erscheint ihnen fraglich. Diese Opposition gegen die Einheit geht aber von einer Schicht aus, die selbst im Zeitalter der aufblühenden Industrie immer mehr Einfluß verliert, als ernsthafter Gegner der Bourgeoisie nicht mehr in Frage kommt, der zudem durch seinen aussichtslosen Kampf gegen die Gewerbefreiheit sich selbst als reaktionäre Kraft vorstellt. Die Entwicklung der Industrie, der Wirtschaft sind demgegenüber Leistungen, die die Bourgeoisie für sich anführen kann, die ganz eindeutig sind, jedem einleuchten. So kann die Bourgeoisie in dem bevorstehenden Konflikt mit der Krone auf eine sichere Gefolgschaft rechnen, während die Basis der Krone immer mehr schrumpft. Die Einheit des Vaterlandes wird zur Forderung der ganzen Nation. Durch den Konflikt mit der Krone ist die Nation noch mehr zusammengeschweißt worden, der „Vereinigte Landtag“ schafft klare Fronten. Aber ebenso wenig wie der „tiers état“ in Frankreich nach dem Siege zusammenbleiben kann, ist ein Zusammenbleiben der zunächst „bürgerlichen“ Revolutionäre in Deutschland möglich. Daran scheitert die Revolution als Kampf um die Einheit. Nach dem Märzsieg wird die Einheit ganz verschieden aufgefaßt. Die durch die Zugeständnisse der Fürsten „Saturierten“ wollen Schluß mit der Revolution machen, sie bleiben „ehrfurchtsvoll vor den Thronen“ stehen, sie schließen den Pakt mit den partikularen Gewalten, sie wollen nur als mitbestimmender Faktor anerkannt werden, sie erwarten nur ein Entgegenkommen, nur gewisse Zugeständnisse: das Mitbestimmungsrecht durch eine Volksvertretung und zweitens Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes. Die Beibehaltung des politischen Partikularismus erscheint dem Bürgertum durchaus tragbar, die Fürsten sind ja außerdem immer noch eine Garantie gegen die „Umstürzler“ von links. So kommt der verhängnisvolle Pakt zwischen dem Liberalismus und den Mächten der Vergangenheit zustande, die Mehrheit der Paulskirche geht diesen Weg. Die deutsche Revolution ist eben nicht nur ein Kampf um die Einheit, sondern zugleich eine soziale Revolution. Das zeigt sich deutlich in der Aufspaltung der antifeudalen Front nach dem Märzsieg.

In den zu Kompromissen bereiten Schichten des liberalen Bürgertums unterscheidet Engels die „Professoren und Advokaten“ und andererseits die „Kaufleute und Fabrikanten“, süddeutsche und norddeutsche Liberale gehen in vielem verschiedene Wege, beide Lager aber sind bereit, den Mächten von gestern die Hand zu reichen. Die einen, weil ihnen die Einheit des Wirtschaftsgebietes zugestanden wird, die anderen, weil sie trotz des Ideengutes, das in ihnen als Erbe der Französischen Revolution lebt, nicht über die Grenzen ihrer Bürgerlichkeit hinaus können. In ihrer Brust wohnen „zwei Seelen“, neben der „liberalen“ die „nationale“. Sie haben zwar aus dem Ideengut der Aufklärung geschöpft, zugleich aber aus dem der Romantik, das zur Zeit der Napoleonischen Fremdherrschaft aufgepeitschte Nationalgefühl ist stark in ihnen. Sie herrschen im linken Zentrum vor, sind für die damalige Zeit zweifellos ein fortschrittliches Element, bleiben aber „bürgerlich“, bekämpfen den vierten Stand, in dem sie eine Gefahr für ihre „Existenz“ sehen. Bildungsliberale und kapitalistische Liberale stehen in der sozialen Auseinandersetzung des Jahres 1848 zusammen, bleiben auch nach 1848 in denselben politischen Parteien organisiert und halten sich bis 1933, machen allerdings von 1871 bis 1933 einen gewaltigen, sich immer fortsetzenden Schrumpfungsvorgang durch. Die Führung in dieser Partei reißt die kapitalistische Schicht an. Die Führung in dieser Partei reißt die „Professoren und Advokaten“ stellen die Wähler der Nationalliberalen und nach 1918 der Deutschen Volkspartei. Sie bleiben in den Grenzen der schwarz-weiß-roten Welt. Nur 429 000 Wähler der einstigen Millionenpartei folgen bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 Hitler nicht, weil sie das liberale Gedankengut nicht aufgeben wollten, die überwiegende Mehrheit aber geht in der NSDAP auf.

Nun aber hat die 48er Revolution nicht nur ein deutsches Gesicht, sondern auch noch ein europäisches, sie ist ein Ausschnitt aus der großen sozialen Auseinandersetzung in Europa. Die Kleinbürger, Kleinbauern, Arbeiter sind nicht „saturiert“, von der liberalen Front trennt sich eine demokratische. Diese Kräfte erschrecken durch ihre auf den Barrikaden gezeigte Jugendkraft die Liberalen, treiben diese in die Arme der Fürsten und des Adels. Die Demokraten allein denken die Revolution zu Ende, bleiben bei ihrer Forderung der einigen, unteilbaren Republik, die zugleich Glied einer fortschrittlichen europäischen Völkergemeinschaft sein soll. Sie bleiben damals in der Minderheit, erst hundert Jahre nach der 48er Revolution erweist es sich, daß diese Kräfte den weitesten Blick in die Zukunft getan haben. Ruge fordert in der Paulskirche ein neues Völkerrecht, einen neuen Völkerbund, er läßt sich durch den Jubel der „nationalen“ Mehrheit der Paulskirche über Radetzky's Siege nicht irren machen, er blickt durch ein Jahrhundert. Natürlich steht Ruge auch heute noch nicht als Sieger da, aber aus seiner damaligen Gefolgschaft, dem Häuflein in der Paulskirche, die verhöhnt und als vaterlandslose Gesellen angeprangert werden, ist heute eine Weltfront geworden, eine Macht, die nicht mehr durch die Stimmbänder einer tobenden „nationalen“ Parlamentsmehrheit niederzuhalten ist. Die fortschrittlichen Kräfte denken schon damals europäisch, lassen sich durch auf Schlachtfeldern errungene Siege nicht beirren. Das junge Europa kann noch nicht siegen, aber es steht als Organisation da!

Doch kehren wir zu Deutschland zurück.

Wie stark die Gegenpole im damaligen Bürgertum sind, zeigen zwei Aussprüche von Rotteck und Paul Pfizer. Während der Führer der badischen Liberalen lieber eine „Freiheit ohne Einheit“, als „Einheit ohne Freiheit“ will, stellt Pfizer in seinem „Briefwechsel“ die These auf: „Lieber den gewalttätigsten Despoten zum Beherrscher Deutschlands“, wenn nur „der nationale Zusammenhang“ erreicht werden kann.

Wie stark die partikularistischen Kräfte sind, zeigt sich nach dem 18. März, als Preußen nach der Proklamation „An die deutsche Nation“ sich an die Spitze des Gesamt Vaterlandes stellen will. Diese Erklärung ruft nicht nur an den Fürstenhöfen Wut und Entrüstung hervor, auch Münchener Studenten bringen vor der preußischen Gesandtschaft dem „neuen deutschen Kaiser“ ein Pöbel, sein Bild wird öffentlich verbrannt. In Stuttgart wird das Bild des preußischen Königs von einem Volkshaufen durch mehrere Straßen getragen und darauf im Feuersee versenkt. In Karlsruhe wird die preußische Proklamation vom 21. März öffentlich verbrannt. Zu den antipreußischen Hemmungen tritt noch hinzu, daß man dem König nicht traut. Wenn diese Erklärung vor dem 18. März abgegeben worden wäre, hätte sie wohl eine günstigere Aufnahme gefunden.

Der Einheitstraum zerrinnt immer mehr, als man aus dem ersten Siegesrausch erwacht. Der Kampf zwischen Großdeutschen und Kleindeutschen setzt um die Jahreswende 1848/49 mit aller Schärfe ein. Im Sommer 1848 tritt dieser Gegensatz noch nicht in Erscheinung, von einem Ausschuß Oesterreichs wagt damals noch niemand zu sprechen.

Der 29. Juni 1848 ist eine wichtige Etappe in der Geschichte der deutschen Bewegung zur Einheit. Vier Fünftel der Abgeordneten geben ihre Stimmen dem Reichsverweser Erzherzog Johann, die provisorische Zentralgewalt ist damit geschaffen. Nur die äußerste Linke, ein Teil des linken Zentrums und drei Mitglieder der äußersten Rechten stimmen gegen den Reichsverweser. Auch viele Republikaner sind für Johann, sie sehen in ihm den Wegbereiter für den zukünftigen Reichspräsidenten, die Monarchisten sehen in ihm vor allem den Fürsten, den Habsburger, sie glauben, daß man nie mehr einen Nichtfürsten zum Nachfolger des erzherrzoglichen Verwesers werden machen können. Anhänger des „Unitarismus“ haben ihre Freude an dem einen Verweser des ganzen Reiches, sie sehen in ihm schon den Sieger über den Föderalismus, die Preußen sehen in ihm den Wegbereiter für einen Hohenzollernkaiser. So bedeutet diese Vierfünftel-Mehrheit zwar eine Demonstration des Strebens zur Einheit, die sicher im Augenblick starken Eindruck macht, sie bleibt aber eine Demonstration, eine Geste, die sich nicht auf ein einheitliches politisches Willen gründet.

Noch einmal scheint ein Bündnis Preußens mit der nationalen Bewegung möglich, ein Aufgehen Preußens in Deutschland. Die Ablehnung der Kaiserkrone bereitet aber auch diesem Traum ein Ende, sie zeigt zugleich, wie berechtigt die Ablehnung der Proklamation vom 21. März war, die sich in Süddeutschland überall gezeigt hatte.

Der letzte Kampf um die Einheit entbrennt im Jahre 1849, als das Volk in Sachsen, in Baden, in der Pfalz zu den Waffen greift. Eine starke demokratische Organisation, „der Zentralmärzverein“, will das Banner der gefährdeten Einheit allen vorantragen, die den letzten Kampf um die Einheit wagen wollen.

Der Märzverein ist die kraftvollste Formel für den Willen aller demokratischen Patrioten. Sein Ziel ist die Mobilisierung und Vereinigung aller linken Kräfte in dem Kampf gegen die Mächte der Vergangenheit und gegen das Zentrum der Paulskirche, das sich schon damals diesen Mächten verschrieben hat. Die Organisation ist straff, die Disziplin ausgezeichnet.

In jedem Lande, in den einzelnen Provinzen entstehen Zweigvereine, die zu einem Zentralausschuß vereinigt werden, an schon bestehende Vereine mit ähnlichen Zielen ergehen Anforderungen, sich anzuschließen. Ende März 1849 gibt es 950 Zweigvereine mit einer halben Million Mitglieder. Das Volk wird aufgerufen zu einem letzten Versuch, zu einer revolutionären Aktion, zur Selbsthilfe. Die Frage ist, wie weit kann die neue Organisation ins Zentrum vordringen. Eine letzte Frage ist an das liberale Bürgertum gerichtet. Dieses muß sich nun entscheiden für ein Bündnis mit den von revolutionärem Willen getragenen Vorkämpfern der deutschen Einheit oder für ein Festhalten an dem Pakt mit den reaktionären Kräften. Noch einmal steht das liberale Bürgertum am Scheidewege. Wir kennen die Antwort! Damit ist der Weg beschritten, der zu Bismarck und Hitler führt.

Der Zentralmährverein spricht zum letzten Male zum deutschen Volk, als das Rumpfparlament unter den Säbelhieben der Dragoner auf den Straßen Stuttgarts zusammenbricht. Nach 1945 wissen wir, daß ein falscher Weg beschritten worden war, er führte zur Marne, nach Versailles und schließlich nach Stalingrad und Nürnberg.

Aber nicht nur die Mehrheit der Paulskirche verschließt sich den Forderungen der fortschrittlichen Kräfte. Auch der Druck von außen belastet diesen Kampf um die deutsche Einheit. Eine siegreiche Revolution im zentral-europäischen Raum erscheint Rußland und Frankreich nicht tragbar, die siegreiche französische Bourgeoisie fürchtet einen deutschen Volksstaat, das zaristische Rußland fürchtet einen Sieg der fortschrittlichen Kräfte in Mitteleuropa. Ein Überspringen des revolutionären Funkens auf Polen und über Ungarn auf den Balkan bedroht die Lebensinteressen des Zarenreiches. England fürchtet für seine Nordseestellung, es wird energisch, als ein Konflikt zwischen Dänemark und dem Deutschen Bund auszubrechen droht, für Österreich bedeutet ein deutscher Nationalstaat auf freier Grundlage den Zerfall. So stehen die fortschrittlichen deutschen Kräfte in tragischer Isolierung den übermächtigen Kräften der Reaktion im eigenen Lande und in Europa gegenüber. Dieser Zusammenballung rückschrittlicher Kräfte sind sie nicht gewachsen.

Sie hinterlassen aber, wie alle fortschrittlichen Kräfte, die sich noch nicht durchsetzen können, ein Erbe: den deutschen Einheitsgedanken, und zwar — und das ist wichtig im Hinblick auf die Entwicklung von 1871 bis 1945 — den Einheitsgedanken als Forderung fortschrittlicher Kräfte. Die reaktionären Kräfte, die die Einheit 1871 verwirklichten, haben sich als unfähig erwiesen, dieses Erbe zu verwalten.

Sie haben mit allen Mitteln versucht, ihren Sieg ideologisch auszuwerten. Es wurde dem deutschen Volk weisgemacht, im „tollen“ Jahr habe das Volk eben töricht, sehr dumm gehandelt, Parlamentarismus und Demokratie, diese ausländischen Erzeugnisse, haben sich eben nicht bewährt, und es sei doch das einzig Wahre, sich von „Fachleuten“ regieren zu lassen, die Schuster sollten doch nur ja bei ihren Leisten bleiben! Heute wissen wir, daß die Fachleute uns 1918 nach Versailles geführt haben, die „wiederhergestellten Berufsbeamten“ von 1933 — nach Nürnberg. Aber die Suggestion der Reaktionszeit wirkt. Der Bürger schlüpfte nach dem Ausdruck des reaktionären Ministers von Manteuffel wieder in „Schlafrock und Pantoffel“.

Den Einbruch der Reaktion mit allen seinen Folgen schildert Valentin mit folgenden bitteren Worten, die heute nach dem Zusammenbruch des damals entstandenen bürgerlichen Staates besonders erschütternd wirken:

„Die deutsche Gutmütigkeit wurde also wieder militärfremd und adelsnärrisch, sie lernte das Geld respektieren, besonders das viele Geld; sie ochste tüchtig und wühlte sich in allerlei Kleinkram; selbständiges politisches Denken galt bald als eine Art Frechheit; Schriftsteller wurden wieder für zügellose, unbescheidene Leute gehalten, Demokraten für schlechte Kerle, Menschen von weltbürgerlicher Gesinnung für Auslandsnarren, patriotische Deutsche für Veräter an Landesfürst, Stammesstaat und Bundesstaat. Befehlsgewalt und Gehorsamspflicht — das wurde der Ersatz für schöpferisches Staatsbürgertum. Das „tolle“ Jahr war vorbei, und jeder ging wieder vernünftig seinen Pflichten nach. Deutschland hatte groß, frei und stark sein wollen — und nun war alles wieder wie früher. Und warum sollten die guten Deutschen denn unzufrieden sein? Sie konnten ja wieder dichten und denken, was sie so gut verstanden, sie konnten wieder alles vertiefen und vernebeln, sie konn-

ten Fäden spinnen und darauf tanzen, ja dabei sogar herunterpurzeln, sie konnten mit ernsthafter Forscheriemene Begriffe spalten und den letzten dünnsten Scheit Vernunft fachmännisch zum Nichts zerzanken. Wollten die Deutschen denn nicht glücklich dabei sein?“ (II, 549).

Valentins Buch ist 1931 erschienen, heute sind seine Worte wieder ganz aktuell, sehen wir uns heute nicht wieder nach dem bequemen Lehnstuhl um, suchen wir nicht wieder einen Prügelnaben und vergessen dabei die wirklich Schuldigen? Soll der von Valentin mit so eindringlichen Strichen gezeichnete „Untertan“ der Reaktionszeit wieder aufleben? Wir wissen heute, wohin dieser „Untertan“ von den nach 1848 wiedererstandenen alten Mächten geführt worden ist, uns können keine mildernden Umstände mehr zugebilligt werden, wie der Generation von 1848, die den Zusammenbruch einer Welt von Illusionen nicht erlebt hatte.

Aber nicht nur den Schlafrock- und Pantoffeltyp hatte uns die verunglückte Revolution beschert, sie hat uns noch etwas anderes hinterlassen: ein geistiges Erbe, das nicht mehr beseitigt werden konnte durch eine primitive reaktionäre Propaganda.

Wohl am besten ist dieses Erbe von Assessor Jung am Grabe der Märzkämpfer formuliert worden. Seine Worte sind freilich an ein Geschlecht gerichtet, das ihn in seiner Mehrheit noch nicht verstehen kann. Nach den Erfahrungen, die unsere Generation gemacht hat, werden wir aufnahmebereiter sein:

„Wachet und strebet und denkt der blutig mahnenden Schatten unserer Brüder, die wahrlich nicht für ein Kleines zu sterben gedachten... Wachet, o Brüder, daß Preußens Stern nicht mehr auf dem rohen Schlachtgefilde, nicht auf der feilen Brust der Höflinge, sondern daß er hoch an jenem friedliebenden Himmel erglänze, wo die Zeichen der freien und gebildeten Nationen zu einem Sternbild sich vereinigen.“

Damals regen sich sogar Widerstände gegen diesen Redner. Er ist wohl als Redakteur der „Rheinischen Zeitung“ nicht genehm. Er spricht als Beauftragter des Politischen Klubs, und zwar gegen den Willen des Begräbniskomitees. In einem sonst sehr ausführlichen Bericht über das Begräbnis wird Jungs Rede überhaupt nicht erwähnt.

Nur eine Minderheit versteht Jungs Worte. Die Mehrheit läßt sich bald einullen durch die raffinierte Propaganda, die mit den Primitiven rechnet, sie läßt sich einullen durch die „glorreichen Siege“, „auf dem rohen Schlachtgefilde“, die bald darauf erfochten werden.

Wenn unsere Generation der Märzkämpfer gedenkt, wird sie auch des Mahners am offenen Grabe nicht vergessen. Wenn seine Worte schon damals zu einer richtungweisenden Kraft geworden wären, hätte unserem Volk viel Leid erspart bleiben können. Die Mehrheit versteht seinen Appell zum Humanismus nicht, sie folgt den Männern, die die Einheit Deutschlands durch „Blut und Eisen“ erkämpfen wollen. Heute sehen wir den anderen Weg, den Jungs Worte uns weisen, den Weg des Friedens, der Zusammenarbeit der fortschrittlichen Kräfte aller Völker. Wohin der Weg der Reaktion führt, haben wir erlebt, und intensiver erlebt als je eine Generation vor uns. Wir werden deshalb aufgeschlossener sein als unsere Väter vor hundert Jahren, wenn Männer zu uns sprechen, die von ihren Zeitgenossen nicht verstanden werden, weil sie die Sprache der Zukunft reden.

Die deutsche Einheit ist damals ein europäisches Problem zugleich, Ost und West stehen damals in einer Front gegen die Einheit Deutschlands. Der Kampf gegen diese Koalition hätte ein einiges Deutschland zur Voraussetzung gehabt.

Heute ist die deutsche Einheit zu einem Problem der Weltpolitik geworden. Mitteleuropa, die Brücke zwischen Ost und West, spielt heute eine schicksalhafte Rolle.

Aber Ost und West stehen heute nicht mehr in einer Front gegen die deutsche Einheit!

Die Frage ist, welche von den beiden Mächtergruppen braucht die Aufteilung Deutschlands, und welche kann uns unsere Einheit gönnen!

Die einen sehen in Deutschland ein Aufmarschgebiet, weil ein neuer Waffengang für sie die letzte Chance bedeutet, die anderen brauchen überhaupt keinen Waffengang, ihre fortschrittliche Idee marschiert — auch ohne Appell an „Blut und Eisen“.